

Dathe, Uwe

Working Paper

Walter Eucken und der Staat: Zum Zusammenhang von wirtschaftlichem und politischem Liberalismus 1918 - 1934

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2009-05

Provided in Cooperation with:
OrdnungsPolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Dathe, Uwe (2009) : Walter Eucken und der Staat: Zum Zusammenhang von wirtschaftlichem und politischem Liberalismus 1918 - 1934, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2009-05, OrdnungsPolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/55410>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

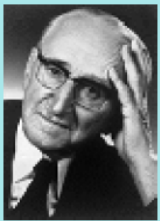
You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy



Uwe Dathe

**Walter Eucken und der Staat
Zum Zusammenhang von wirtschaftlichem und politischem
Liberalismus 1918-1934**

Diskurs 2009 – 5

Uwe Dathe

Walter Eucken und der Staat

Zum Zusammenhang von wirtschaftlichem und politischem Liberalismus 1918-1934

Abstract

Today we have a paradoxical situation in Germany's public debates on the order of society and economy. The absolute majority of all voters blame the state for a neoliberal economic and social policy, but the state gives up more and more *ordnungspolitische* ideas.

If we look for causes for the refusal of the Freiburg School ordoliberal programme we can observe a very negative attitude towards the idea of a free and fair competition. Instead of hard efforts in order to promote the idea of competition both the majority of politicians, journalists, intellectuals and the majority of German voters plead for a stronger influence of the state in all spheres of the society. This situation is similar to this one in Germany after the First World War, when also both the majority of population and the majority of the intellectual and political elites tended to prefer antiliberal or nonliberal concepts in politics and economy. Two of the major prophets of German ordoliberalism, who had developed a positive programme for a free and socially aware market competition as well as for a liberal democracy, Walter Eucken and Alexander Rüstow, shared for a relative long time (Eucken until to the end of the 1920s) antiliberal economic and political positions. On the basis of unpublished letters and documents I want to describe first the right-wing antiliberal context of Eucken and the left-wing one of Rüstow and second their way to ordoliberal positions. To show both Eucken's and Rüstow's gradual development from antiliberal to ordoliberal ideas I will my description focus on their attitude towards the idea of economic and politic competition. The view on the example of Eucken and Rüstow could give any reasons to hope that the prevailing antiliberal attitudes towards necessary political and economic reforms are not the last word in public debates.

Keywords:

Ordo-liberalism, Freiburg School of Economics, Walter Eucken, Alexander Rüstow

Dr. Uwe Dathe, Historischen Seminar der TU Braunschweig,
E-Mail: uwedathe@web.de

Uwe Dathe

Walter Eucken und der Staat Zum Zusammenhang von wirtschaftlichem und poli- tischem Liberalismus 1918-1934

Obwohl in der neueren Literatur zu Walter Eucken und dem ordoliberalen Forschungsprogramm der Genese von Euckens Werk vermehrt Beachtung zukommt¹, ist Walter Oswalts Beobachtung, dass Euckens Weg zum Liberalismus systematisch unterbelichtet sei², zutreffend. Der Forschungsstand zur Genese des Ordoliberalismus und hier besonders zur Entwicklung der Ansichten Walter Euckens ist gekennzeichnet durch ein gegenseitiges Ausblenden wichtiger Forschungsergebnisse der verschiedenen Disziplinen, die sich aus historischer Perspektive mit dem deutschen Liberalismus im 19. und 20. Jahrhundert befassen. Auf der einen Seite arbeiten Historiker, die sich mit der Geschichte des Liberalismus beschäftigen, auf der anderen Ökonomen, die Walter Euckens Werk dogmenhistorisch untersuchen. Ein Austausch fand bislang nicht statt. In den zahlreichen Arbeiten zur Geschichte des Liberalismus³ die teilweise bereits den Rang von Standardwerken einnehmen, kommt Walter Eucken nicht vor.⁴ Trotz des zunehmenden Interesses an Euckens Biographie und der Genese seines Werkes konzentrieren sich Dogmenhistoriker zu sehr auf die theoriegeschichtlichen Aspekte, d.h. sie ordnen Walter Eucken kaum in breitere historische Kontexte ein. Ein Ergebnis dieser wechselseitigen Nichtwahrnehmung besteht darin, dass wir nach wie vor ein sehr einseitiges Bild von der Herausbildung der wirtschaftspolitischen und gesellschaftstheoretischen Auffassungen Euckens haben. Seine politischen Ansichten, und damit verbunden, seine Einstellung zum Staat als ordnender Potenz, sind weitgehend unbekannt oder werden höchstens in einer Art

¹ Exemplarisch Hüfner 1995, Klinckowstroem 2000, Peukert 2000, Pies 2001, S. 8-31, Goldschmidt 2002, Dathe/Goldschmidt 2003, Broyer 2006, Blümle/Goldschmidt 2006.

² Oswalt, 2005, S. 328.

³ Langewiesche 1988, Winkler 1979, von Thadden 1978, Jones 1988, Faber 2000 (hier viele Beiträge mit deutlich antiliberaler Note).

⁴ Eine Ausnahme stellt die Arbeit der Schweizer Historikerin Milène Wegmann (Wegmann 2002) dar, in der gezeigt wird, wie nach dem Ersten Weltkrieg verschiedene Konzepte einer liberalen Neuordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft entwickelt worden sind. Wegmann geht vor allem auf die Zeit nach 1932 ein, berührt also den hier im Mittelpunkt stehenden Zeitraum nur am Rande.

Abwehrgeste gegen Vorwürfe⁵ verteidigt, Eucken sei ein Anhänger des autoritären oder gar des totalen Staates gewesen. Denjenigen, die mit diesen Vorwürfen auftreten, geht es jedoch nur sekundär um die Erhellung der historischen Zusammenhänge, in die Eucken eingebunden war, sondern primär um die Desavouierung liberaler Einstellungen. Diesen antiliberalen Angriffen, die bei Claus-Dieter Krohn, Dieter Haselbach, Daniela Rütter, Ralf Ptak und Akihido Amemiya⁶ gar darin gipfeln, Konvergenzen zwischen Walter Eucken und dem Nationalsozialismus zu konstruieren, soll hier mit einer detaillierten, stark an den Quellen orientierten Rekonstruktion von Euckens Weg zum Liberalismus entgegengetreten werden. Es wird sich zeigen, dass Euckens wirtschaftlicher und politischer Liberalismus 1933/34 so gefestigt war, dass er konsequent gegen das nationalsozialistische Regime auftreten konnte.

Walter Eucken wurde wie so viele junge Akademiker seiner Generation durch den Ersten Weltkrieg geprägt, und diese Prägung bestimmte seine politischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Der Frontoffizier Walter Eucken hatte kein Verständnis für die im Frühjahr 1918 zunehmenden Diskussionen über ein baldiges Kriegsende. Er schimpfte über die „Jammerlappen zu Hause“ und schämte sich, ein Deutscher zu sein. (Walter Eucken an seine Mutter, 10.4.1918)⁷ Die Niederlage im Weltkrieg empfand Eucken als Schande für Deutschland. Seine grenzenlose Wut über den Kriegsausgang und die Novemberrevolution schlug nicht in politische Apathie um. Obwohl er intensiv an seiner Habilitation arbeitete, engagierte er sich politisch. Aus dem Januar 1919 ist ein handschriftlicher Wahlauf Ruf zugunsten des bürgerlichen Lagers überliefert. (ThULB Jena, NL Eucken V, 11, Bl. 55.) Mehrere Briefe an seine Mutter vom Mai und Juni 1919 zeigen, dass er seine Kontakte zur Deutschnationalen Volkspartei, der er Anfang 1919 beigetreten war⁸, Mitte des Jahres intensivierte. Walter Eucken verließ die Partei Mitte 1920. Was die Gründe des Parteiaustritts betrifft, müssen wir uns auf Indizien stützen. Möglicherweise waren es die unklaren Vorstellungen der DNVP von der anzustrebenden Wirtschaftsordnung und die Einsicht, daran wenig ändern zu können, die ihn aus der Partei trieben. In der Partei

⁵ Zur Kritik dieser Vorwürfe vgl. exemplarisch Willgerodt 1998, S. 51-54, Pies 2001, Peukert 2004, Goldschmidt 2005b.

⁶ Krohn 1981, S. 25 f., 139, 170, Haselbach 1991, S. 78 f., 94-99, 113-115, Rütter 2002, S. 31 f., 450 f., Ptak 2004, S. 33-44 und 62-72, Amemiya 2008.

⁷ Walter Euckens Briefe an seine Mutter Irene Eucken gehören zum Nachlass Rudolf Eucken, Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (ThULB).

⁸ Brief von Walter Eucken an den Rektor der Universität Freiburg vom 8.4.1937 im Universitätsarchiv Freiburg; zitiert nach Oswalt 2005, S. 322.

kursierte 1919/20 ein Gemisch aus planwirtschaftlichen Ideen, kartellfreundlichen Auffassungen, Forderungen nach einer christlich und national grundierten Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern, und das alles war verbunden mit einem klaren wirtschaftspolitischen Antiliberalismus.

Nachdem sich die politischen Wogen etwas geglättet hatten, begann auch Eucken im Lager seiner politischen Gegner zu differenzieren. Euckens politischer Enthusiasmus versiegte schon Anfang der 20er Jahre; die Suche nach Mitteln zur geistigen Erneuerung verdrängte das permanente Nachdenken über politische Umwälzungen. Die chauvinistischen Töne verschwanden zunehmend, philosophisch-weltanschauliche Überlegungen nahmen deren Platz ein. Eucken ging es nun nicht mehr um eine Änderung des politischen Systems durch Parteien oder paramilitärische Kampfverbände.

Im Herbst 1919 gründeten Schüler, Freunde und Gesinnungsgenossen Rudolf Euckens den Euckenbund.⁹ Dokumente im Jenaer Eucken-Nachlass belegen die aktive Mitwirkung Walter Euckens. Der Bund war eine der vielen weltanschaulich ausgerichteten Vereinigungen, mit denen das deutsche Bildungsbürgertum auf die nach dem Ersten Weltkrieg sich verstärkende kulturelle und politische Orientierungslosigkeit reagierte. Von anderen Gruppierungen aus dem breiten Spektrum weltanschaulicher Vereine unterschied sich der Euckenbund durch seinen geistigen Bezug auf den deutschen Idealismus. Das war zwar kaum noch der Idealismus der klassischen Epoche, sondern ein vor allem von Rudolf Eucken hergestelltes Konstrukt aus abgeschliffenen Versatzstücken von Luther, Kant, Hegel, Fichte und Goethe; es war aber doch ein Idealismus des geistigen Lebens und keine irrationalistische Lebensphilosophie. In Rudolf Euckens Ideengemeinschaft glaubten seine Anhänger ein Reich idealer Wahrheiten und Normen zu besitzen, auf deren Basis die Erneuerung des Lebens gelingen könnte. Euckens Wort war das Gesetz des Bundes. Die stärkste Anziehungskraft übte der Euckenbund in den frühen 20er Jahren aus.

Der Euckenbund und seine Zeitschrift (1920 bis März 1925 *Der Euckebund*, ab April 1925 *Die Tatwelt*) gerieten 1924/25 in eine ernste Krise. In jenen Jahren begannen sich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, und so fanden

⁹ Zum Euckenbund und zur Rolle Walter Euckens in ihm vgl. Dathe/Goldschmidt 2003, S. 57-63.

immer mehr Sinnsucher Halt in der äußeren Realität. Bünde, die inneren Halt und weltanschauliche Orientierung versprachen, gerieten zeitweilig aus der Mode. Der Euckenbund verlor Mitglieder, die Zeitschrift Leser. Für die Krise des Bundes machte Walter Eucken nicht nur die äußeren Verhältnisse verantwortlich, sondern vor allem die Bundesleitung. Die Zeitschrift sei zu einseitig, als bloßes Nachrichtenblatt für die Mitglieder erreiche sie weder die geistigen noch die wirtschaftlichen Eliten. Walter Eucken wollte mit dem Bund geistig wirken, die Fühlungnahme zu rein politischen Verbänden und Zeitschriften lehnte er strikt ab. Um den Einfluss des Euckenbundes zu heben, übernahm Walter Eucken zusammen mit seiner Frau Edith Eucken ab 1925 die inhaltliche Verantwortung für die „Tatwelt“. Eucken konnte nicht nur wichtige Autoren gewinnen, sondern publizierte ab 1925 selbst regelmäßig in der „Tatwelt“. Als dem Nationalökonom des Euckenbundes oblag Walter Eucken die Auseinandersetzung mit Auffassungen, die ihr konkurrierendes weltanschauliches Orientierungsangebot mit Vorschlägen zur Lösung der sozialen Frage verbunden haben. Diese Verbindung trat besonders klar in den verschiedenen Strömungen des „modernen Sozialismus“ zutage. Für Eucken war der Sozialismus nicht nur ein in der Arbeiterschaft und großen Teilen der gebildeten Jugend verbreitetes weltanschauliches Orientierungsangebot, sondern auch eine Bewegung, die, weil sie die Gleichheitsidee in allen Fragen der Wirtschaft, des Rechts, der Bildung und der Politik ins Zentrum rückte, die „Gesamtströmung der Zeit“ für sich hat (Eucken 1927 b, S. 128). Und mit der Kritik des Sozialismus soll auch ein Beitrag zur Kritik der Gleichheitsideologie geleistet werden. Im Einzelnen befasste sich Eucken mit den religiösen Sozialisten (am Beispiel des Theologen Theodor Siegfried) und den Jungsozialisten (am Beispiel des Juristen Gustav Radbruch). Trotz ihrer Versuche, den originären, nach Walter Eucken strikt rationalistisch-naturalistischen Marxismus, der keine Ethik habe, moralphilosophisch, religiös oder gar mystisch zu ergänzen, blieben sie in ihrer Krisendeutung orthodox marxistisch – sie deuteten die Krise der Gegenwart im Kern als eine wirtschaftlich-soziale Krise und erhofften sich von der Aufhebung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung auch eine Lösung der geistigen Krise. Den modernen Sozialisten hält Eucken entgegen, dass die Krise der Gegenwart im Kern eine geistige Krise sei und nur mit einer radikalen geistigen Neuorientierung gelöst werden könne. Aber auch die entgegengesetzte Position, die vor allem in vielen Weltanschauungsbünden vertreten wurde, ist für Eucken nicht haltbar. In fast allen diesen Bünden hoffte man, dass mit einer neuen Weltanschauungskultur der Innerlichkeit

der Geist des Kapitalismus, der sich besonders deutlich in solchen Erscheinungen wie dem Streben nach Eigennutz und dem Wettbewerb manifestiere, verschwinde und dass dieses Verschwinden langfristig auch zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise führe. Eucken trifft sich mit allen von ihm kritisierten Auffassungen an dem Punkt, dass auch er davon ausgeht, dass der Kapitalismus die geistige Krise mit verursacht habe. Dennoch, so Eucken, müsse eine Lösung dieser Krise bei Bestehen und Entwicklung des Kapitalismus gefunden werden. Die kapitalistische Wirtschaftsweise sei notwendig, da ohne sie in der modernen Welt keine ausreichende Güterversorgung möglich sei. Gegen eine Wiederbelebung vormodernen Wirtschaftsformen, die in vielen Lebensreformbünden der Weimarer Republik gefordert wurde, spräche allein schon die nüchterne Tatsache, dass heute weitaus mehr Menschen versorgt werden müssten als in der Zeit vor der industriellen Revolution.¹⁰ Und gegen die Hoffnung, dass eine Planwirtschaft zu einer weniger entfremdeten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führen könne, bringt Eucken Mitte der 20er Jahre bei aller Kritik an Ludwig Mises' extremem methodischen und ethischen Individualismus doch dessen Argumente gegen eine Gemeinwirtschaft ins Spiel (keine Kostenrechnung, keine Knappheitsmessung, keine Orientierung über Ressourcen und Bedürfnisse). Euckens Beiträge zur Kritik zeitgenössischer Strömungen des Sozialismus sind wichtige Schritte auf dem Wege zur Ausbildung liberaler Positionen. In ihnen setzt er sich intensiv mit dem marxistischen Konzept der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zwangsläufigkeit auseinander. Die Kritik an diesem Konzept wird er immer weiter ausbauen, und in den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ in einem eigenen Kapitel ausführlich darstellen.¹¹ Eines der Hauptargumente gegen das Zwangsläufigkeitsdogma ist dabei der Gedanke, dass die Akzeptanz zwangsläufiger Geschichtsgesetze mit der Opferung der Persönlichkeit verbunden ist. Dort, wo Geschichtsgesetze herrschen, hat das Individuum keine Entfaltungsmöglichkeiten. Kritisiert werden von Eucken außer der marxistischen Gleichheitsideologie auch naturalistische und völkische Gemeinschaftsutopien.¹² In der verbreiteten Gemeinschaftssehnsucht seiner Zeit sieht Eucken ein Zeichen, sich völlig unpersönlichen Mächten wie dem Volk oder einer naturalisierten Gemeinschaftsordnung hinzugeben und so als Einzelner im Ganzen aufzugehen. Eucken, der trotz seiner Kritik linker und rechter Vorstellungen von Gemeinschaft an der väterlichen Doktrin, dass der Mensch der Gegenwart als

¹⁰ Vgl. dazu vor allem Eucken 1926 a.

¹¹ Eucken 1952/2004, S. 200-212.

¹² Vgl. Eucken 1927 a, S. 48 und Eucken 1927 b, S. 130.

vereinzelt Individuum orientierungslos bleibe, festhält, setzt Mitte der 20er Jahre dem „Idol der Gemeinschaft“ (Plessner) das Ideal des Bundes entgegen. Anders als die persönlichkeitsfremde Gemeinschaft ist der Bund an die Voraussetzung direkter persönlicher Beziehungen zwischen seinen Mitgliedern geknüpft.

Weltanschauungsphilosoph war Walter Eucken Mitte der 20er Jahre nur im Nebenanamt. Von 1921 bis 1924 war er als Syndikus in der Fachgruppe Textilindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) angestellt, außerdem lehrte er bis 1925 als Privatdozent an der Berliner Universität. Zu Beginn des Wintersemesters 1925/26 wurde er auf einen Lehrstuhl für Nationalökonomie an die Universität Tübingen berufen, wechselte aber schon zwei Jahre später nach Freiburg, wo er bis zu seinem Lebensende lehrte.

Über seine Tätigkeit in der Fachgruppe Textilindustrie ist bislang kaum etwas bekannt. Eine Bemerkung aus den „Grundlagen der Nationalökonomie“ (1940), deutet aber darauf hin, dass die Arbeit in diesem Industrieverband für die Entwicklung von Euckens theoretischen, wirtschaftspolitischen und staatstheoretischen Ansichten prägend war. Zwei Dinge, so Eucken, seien erforderlich, um als Nationalökonom „das Phänomen der wirtschaftlichen Macht“ zu erkennen. „Zum ersten muß der Nationalökonom selbst wirtschaftliche Macht kennengelernt haben. Er braucht die Anschauung und das Erleben von Machtkämpfen. [...] Dazu kommt ein zweites Erfordernis: das ist die Anwendung des Apparats von morphologischen und theoretischen Sätzen auf die konkrete geschichtliche Situation.“¹³

Für die Auseinandersetzung mit den Kartellfragen, die die Textilindustrie betrafen, war Eucken bestens vorbereitet, hatte er sich doch mit wesentlichen Aspekten der Kartellfrage schon in seiner Dissertation und Habilitation beschäftigt. Während die Habilitationsschrift vor allem empirisches Material ausbreitet, finden wir in der Dissertation (Eucken 1914) sowohl Ansätze zu einer systematischen Durchdringung des erhobenen Tatsachenmaterials als auch Überlegungen zum Verhältnis zwischen dem Staat und den Kartellen.¹⁴ Kartellfragen bestimmten auch den Briefwechsel mit Alexander Rüstow.

¹³ Eucken 1940 (1947), S. 307.

¹⁴ Zu Euckens Dissertation vgl. Broyer 2006, S. 110-113; zur Kartelldiskussion in der deutschen Nationalökonomie vor 1914 vgl. Pohl 2005.

Der Briefwechsel gehört zum Nachlass Rüstow im Bundesarchiv Koblenz.¹⁵ Ausgewertet wurde dieser Briefwechsel bislang von Krohn (1981), Lenel (1991), Meier-Rust (1993), Janssen (1998), wobei diese Autoren nur die Briefe ab 1928 berücksichtigen, nicht jedoch die von 1924-1927.

In zahlreichen Briefen informierte Rüstow den Briefpartner darüber, wie stark die im Verein Deutscher Maschinen-Bauanstalten (VDMA) zusammengeschlossenen Unternehmen unter der Macht von Kartellen der eisenverarbeitenden und rohstoffzeugenden Industrie litten. Rüstow versorgte Eucken mit statistischem Material, mit authentischen Eindrücken von den schwierigen Verhandlungen zwischen Unternehmen des Maschinenbaus und der Montanindustrie sowie mit Nachrichten über den politischen und publizistischen Einfluss der Schwerindustrie.

Neben dem Kartellproblem spielten zollpolitische Fragen und der Zusammenhang zwischen Zollpolitik und Kartellbildung, Fragen der Geldtheorie und Geldpolitik sowie die Politik des Präsidenten der Reichsbank, Hjalmar Schacht, eine besondere Rolle im Briefwechsel zwischen Eucken und Rüstow. Da Euckens Weg zu liberalen Positionen in bezug auf die Zollpolitik besonders klar nachgezeichnet werden kann, konzentrieren wir uns hier auf dieses Moment.¹⁶ Nicht nur in Briefen, sondern auch in zahlreichen publizistischen Beiträgen traten Eucken und Rüstow ab 1925 für einen umfassenden Freihandel und gegen alle Arten von Schutzzöllen auf. Ihr Interesse für die Zollpolitik hatte eine deutlich erkennbare Ursache. Nachdem in Deutschland Anfang des Jahres 1925 wieder die Voraussetzungen für eine selbständige Handelspolitik hergestellt waren, begannen die Vorbereitungen für ein neues Zolltarifgesetz. Vor allem die Großlandwirtschaft und die Schwerindustrie und deren politische Vertreter – vor allem Politiker der DNVP – traten für einen umfassenden Protektionismus ein.¹⁷

¹⁵ Nachlass Rüstow. Bundesarchiv Koblenz N 1169.

¹⁶ Nur am Rande können wir Euckens Einstellung zu Schacht berühren. Teilte er anfangs dessen auf die Währungsstabilität abzielende Politik, so entwickelte er sich nach 1927 zu einem der schärfsten Kritiker Schachts. Gegen die weitverbreitete Hochschätzung des Reichsbankpräsidenten von der SPD bis zur DNVP wegen dessen Plan, eine Transferkrise heraufzubeschwören und somit als eine Art nichtlegitimierter Außenpolitiker die gesamte Außenwirtschaftspolitik des Reichs zu beeinflussen, warnten Eucken, Rüstow und Röpke im Interesse der exportorientierten Industrien vor einer Währungs- und Reparationspolitik, die zur Verschärfung der Konflikte mit den Westmächten führen musste. In den Auseinandersetzungen zwischen Schacht und Reichsfinanzminister Rudolf Hilferding (SPD) über die Transferzahlungen ergriff Eucken Partei für den Sozialdemokraten! (Vgl. Eucken an Rüstow 2.8.1928) Zur Reparationspolitik Schachts vgl. Houwink ten Cate 1987; zur Kritik liberaler Ökonomen am „rigorosen währungspolitischen Nationalismus“ Schachts vgl. Schüller 2003, S. 28-30, Zitat S. 30, zum Kontext der Reparationsfrage vgl. Ritschl 2002.

¹⁷ Zur deutschen Zoll- und Handelspolitik 1924-1929 vgl. Stegmann 1977; zur Schutzzollpolitik der Agrarverbände und der DNVP vgl. Merkenich 1998, S. 195-217.

Die Schutzzollfrage war Eucken und Rüstow so wichtig, dass sie Mitte der 20er Jahre die politischen Kräfte vor allem auf der Grundlage von deren Einstellung zum Schutzzoll beurteilen. In den Briefen wird immer wieder über die große Koalition der Schutzzöllner geklagt. Die DNVP sei klar für Zölle (Rüstow an Eucken 9.7.1925), habe die DVP erpresst. Die DDP biete in der Zollfrage „wieder das gewohnte klägliche Bild“. Eucken fasst die Haltung der „Linksparteien in der Schutzzollfrage“ zusammen. Diese schädigten durch ihre Schutzzollpolitik „die vitalsten Interessen der Arbeiter“. Und in der Tendenz führe das dazu, „dass Gewerkschaften und Rechtssozialisten sich für den Schutz der nationalen Arbeit einsetzen“. (Eucken an Rüstow 29.6.1925) Seine Analysen wirtschaftspolitischer Aussagen lässt Eucken erkennen, dass auch im linken politischen Lager unter dem rhetorischen Mantel des Internationalismus ein handfester wirtschaftlicher Nationalismus verborgen ist. Von Rüstow aufgefordert, bezieht Eucken in Zeitungsartikeln Stellung zur Schutzzollfrage. Er bietet sein Plädoyer für den Freihandel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“¹⁸ an, muss Rüstow aber mitteilen, dass es schwierig sei, den Artikel dort unterzubringen. (Eucken an Rüstow 15.7.1925 und 3.8.1925) Einer der einflussreichsten außenpolitischen Kommentatoren der Weimarer Republik, Paul Rohrbach, gab Eucken in seiner Zeitschrift „Der Deutsche Gedanke“¹⁹ ein Forum für dessen handelspolitische Vorstellungen (Eucken 1925 b). Eucken erinnerte an die Stuttgarter Resolution des Vereins für Socialpolitik von 1924, in der festgestellt worden war, dass Deutschland sich die Vorteile des weltwirtschaftlichen Güteraustausches zu eigen machen solle und trat denen entgegen, die „sich nun einmal – schon aus alter Gewohnheit – auf die Politik des ‚Schutzes der nationalen Arbeit‘ festgelegt haben“. (S. 459) Deutschland, so Eucken, müsse in ferner Zukunft eine aktive Handelsbilanz haben. „Aber die Aktivierung der Handelsbilanz wird niemals mittels Einfuhrdrosselung durch Schutzzölle erreicht werden.“ (S. 460) Der nationalen Phrase begegnet Eucken mit rationalen Argumenten. Von der stärkeren wirtschaftlichen Einbindung Deutschlands in die Weltwirtschaft und der zunehmend engeren Verflechtung mit ausländischen Partnern verspricht er

¹⁸ Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* gehörte Hugo Stinnes. Im Unterschied zu der seit 1922 ebenfalls zum Stinnes-Konzern gehörenden *Täglichen Rundschau*, einem innenpolitisch bewusst stark rechten Blatt mit antisemitischer und völkischer Ausrichtung, war sie gemäßigt konservativ, vertrat großindustrielle Positionen (auch in der Kartell- und Zollfrage) und lehnte den betonten Antisemitismus der *Rundschau* ab. Zu beiden Zeitungen vgl. Feldman 1998, S. 774-776.

¹⁹ Die 1924 von Rohrbach gegründete Zeitschrift trug den Untertitel „Zeitschrift für auswärtige Politik, Wirtschaft und Auslandsdeutschtum“. Im Jahrgang 1925 veröffentlichten außer Eucken dort u.a. Wilhelm Röpke, Bernhard Harms, Ignaz Jastrow, Friedrich Meinecke und Hans Delbrück. Bei aller Kritik an einzelnen Erscheinungen des politischen Lebens der Gegenwart ging es den Beiträgern des Jahres 1925 um eine rationale Analyse institutioneller Bedingungen der Republik.

sich einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der binnenwirtschaftlichen Probleme. Die extrem antiliberalen und nationalistischen, in der Schutzzollfrage offen zutage tretende, wirtschaftspolitische Einstellung der DNVP und der dieser Partei ideologisch verbundenen Presse, führte bei Eucken nach der organisatorischen nun auch zur ideellen Trennung von den Deutschnationalen. Eucken ist über den rechten Antiliberalismus so verbittert, dass er Rüstow gegenüber bekennt, für seine Ansichten nun sogar, wenn auch anonym, in der „Linkspresse“ werben zu wollen. (Eucken an Rüstow 15.7.1925) Die Suche nach einer neuen politischen Heimat führte ihn ins liberale Lager. Für die Deutsche Volkspartei warb er erstmals 1926 in der Besprechung einer politischen Rede für die „Tatwelt“.²⁰ Otto Most, Reichstagsabgeordneter der DVP und Repräsentant ihres gemäßigten Flügels, hatte 1925 zusammen mit Wilhelm Kahl und Gustav Stresemann den Versuch unternommen, die leitenden Ideen des politischen Liberalismus zusammenzufassen, den Liberalismus gegen Angriffe von allen Seiten zu verteidigen und die Stellung der Partei innerhalb des bürgerlichen Lagers zu bestimmen (Most 1925). Den Kern von Euckens Rezension bildet ein Zitat, mit dem er für die Leser der „Tatwelt“ die Frage beantworten will, „was der Liberalismus heute noch zu leisten vermag“. Most zitierend führt er aus: „Damals in vergangenen Jahrzehnten galt es einzutreten für die Freiheit der Persönlichkeit gegenüber den Vorrechten einzelner Stände und gegenüber dem Absolutismus, damals galt es einzutreten für die Einigung des Deutschen Reiches, des ganzen deutschen Volkes. Heute gilt im Grunde wieder das gleiche, nur die gegnerische Front ist eine andere. Es gilt, die Freiheit der Persönlichkeit zu erkämpfen und zu vertreten gegen die Diktatur der Massen; zu ringen wie einst, um die Neuschaffung des Deutschen Reiches. Heute gilt es wie damals: Rettung der Nation durch Rettung der Persönlichkeit.“²¹ Eucken bekennt seine politische Nähe zu Mosts Konzeption eines liberalen Rechtsstaates mit Mehrheitsdemokratie und starker Exekutive, und fordert eben nicht wie die zahlreichen Ideologen der nationalen Gemeinschaft die Rettung der Persönlichkeit durch die Nation! Indem sich der Nationalökonom in der Beurteilung des politischen Lebens und hier besonders in der Partei- und Regierungsauffassung Most anschließt, reiht er sich in den Chor liberaler Stimmen ein, der die „Ersetzung der Persönlichkeit durch die Organisation“ (Gustav Stresemann), den Wandel von weltanschaulich gefestigten

²⁰ Diese Besprechung ist schon deshalb bemerkenswert, weil in der *Tatwelt* sonst keine Beiträge von Politikern besprochen wurden.

²¹ Eucken 1926 b.

Gesinnungsparteien zu reinen Interessenvertretungen und das Vordringen parteigebundener egoistischer Gruppeninteressen beklagt.²²

Euckens politische Präferenzen und Ordnungsvorstellungen werden aus einer Briefstelle deutlich. Am 2.8.1928 Eucken schreibt Rüstow über mögliche Alternativen zu Schacht, geht dabei auch auf den ehemaligen, der DVP nahe stehenden Reichskanzler Hans Luther ein und bemerkt zu diesem: „Luther ist ein sehr ehrgeiziger Mann. Zur Zeit strebt er offenbar die Umgestaltung der Rechten an, was ich natürlich sehr begrüße.“ Luther war kein Feind der Weimarer Republik, und er zielte mit seinem Versuch, mit dem *Bund zur Erneuerung des Reiches* eine neue überparteiliche Organisation ins Leben zu rufen, auch nicht auf eine Einigung mit den rechtsextremen Kräften, die Weimar bis aufs Blut bekämpften. Luthers Ziel bestand zunächst darin, „die Reichsregierung gegenüber den Ländern zu stärken und für die Abschaffung des Verhältniswahlrechts zu werben“. (Richter 2002, 477) Luther strebte unter starker Mitwirkung von Spitzenpolitikern der DDP ein Bündnis an, dass von der rechten Sozialdemokratie bis zu Teilen der DNVP reichte.²³ Der ehemalige Reichskanzler reagierte mit seiner politischen Sammlungsbewegung auf die politische Krise der Republik, die mit heutigen Begriffen als Krise der Konkordanz- oder Verhandlungsdemokratie beschrieben wird.²⁴ Luthers Angriff auf das Verhältniswahlrecht und sein Bestreben, einen mehrheitsfähigen Bürgerblock zu formieren bezweckten keine kompromisslose Abschaffung der Weimarer Republik, sondern deren Reform hin zu einer Präsidialrepublik mit einem Parlament, in dem es zwei große Blöcke geben sollte. Euckens Kritik an der Weimarer Republik passt nun genau zu Luthers Vorhaben. Auch er steht den Erscheinungen der Proporzdemokratie äußerst kritisch gegenüber. Ihre Verteidiger bezweckten die Bedienung sich widersprechender sozialer und wirtschaftlicher Interessen, so dass jede konsequente Wirtschaftspolitik unmöglich werde. Da fast alle im Reichstag vertretenen Parteien stark in Verteilungskonflikte involviert sind, krankte das System daran, dass es versuchte alle Interessen zufrieden zu stellen. Das Weimarer System ermögliche es so, dass die „versäulten“ Gruppen auf diese Weise für ihre jeweiligen Zwecke den Staat ausnutzten und eine klare, auf Mehrheitsentscheidungen basierende Politik verhindern. Die entschiedene Bekämp-

²² Vgl. Grüner 2002, S. 226-234 mit zahlreichen historischen Belegen und Hinweisen auf die weitere Forschungsliteratur.

²³ Zum Bund zur Erneuerung des Reiches (auch: Lutherbund) vgl. Huber 1984, S. 672-676 und Schulz 1987, S. 307-310.

²⁴ Vgl. dazu Schönberger 2001, S. 660.

fung des Gegners im Rahmen des bestehenden Systems und nicht die gewaltsame Systemzerstörung war es, was Eucken an Luther anzog. Die offen antirepublikanischen Kreise der DNVP sowie rechtsextreme Kräfte lehnten den Bund ab.

Von immer fester begründeten liberalen Ordnungsvorstellungen aus greift Eucken Ende der 20er Jahre in den politischen Tageskampf ein. Der Kampf gegen die Reparationspolitik des Reichsbankpräsidenten Schacht²⁵, gegen die Schutzzollpolitik fast aller Fraktionen des Reichstages, das Eintreten für eine liberale Sozialpolitik sind ihm besonders wichtige Anliegen. Obwohl er in seinen publizistischen und brieflichen Beiträgen sowie in Vorträgen und Diskussionsbeiträgen²⁶ äußerst kenntnisreich zu tagespolitischen Problemen und theoretischen Fragen mit politischer Relevanz Stellung nimmt, ist er sich mit Alexander Rüstow darin einig, nicht nur ad hoc zu reagieren, sondern die Probleme theoretisch zu durchdringen. Rüstow fasst ihre Haltung in einem Brief an Eucken vom 16.2.1928 zusammen: „Die Führung des publizistischen Tageskampfes um die jeweils aktuellen konkreten Probleme genügt nicht, sie bedarf als ihres Knochengerüstes und zugleich als ihrer Verbindung mit der Theorie einer immer erneuten eindringlichen Darstellung der jeweils zugrunde liegenden Lehrsätze und für solche Produktion dürfte auch der Abstand von Berlin, in dem Sie sich befinden, gerade der richtige Standort sein.“ Eucken stimmt dem am 18.2.1928 zu und verspricht, dass er weiter fortfahren wolle, „vom theoretischen Standpunkt aus aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik zu besprechen“. Am 27.3.1929, vier Jahre vor den „Kapitaltheoretischen Untersuchungen“, skizziert er erstmals sein Forschungsprogramm mit der ihm eigenen Verbindung von Theorie und Empirie.

Theoretisch zu arbeiten, bedeutet für Eucken seit Ende der 20er Jahre, die verschiedenen Fragen des wirtschaftlichen Lebens im Zusammenhang zu sehen. In einem Brief vom 21.2.1930 erläutert er Rüstow seine Auffassung und charakterisiert sich als „entschiedener Anhänger der liberalen Wirtschaftspolitik“. Darunter versteht er, die

²⁵ Vgl. Eucken 1928. Am Beispiel der Auslandsanleihen öffentlicher und privater Körperschaften wiederholt Eucken hier ein Argument, mit dem er schon 1925 in die Zolldebatte eingegriffen hatte. Deutschland könne seine binnenwirtschaftlichen Probleme nur lösen, wenn es institutionell abgesicherte vielfältige Außenwirtschaftsbeziehungen unterhalte. Mit deutlichen Worten tritt er dem populären Wirtschaftsnationalismus, den Schacht für seine Ziele meisterhaft zu instrumentalisieren wusste, entgegen. Wie gut Euckens Ablehnung des Wirtschaftsnationalismus zur Außenpolitik Gustav Stresemanns passte, zeigt dessen Rede auf der VDMA-Tagung 1926. Vgl. zu dieser Rede die beiden ohne Angabe des Verfassers erschienen Artikel im *Magazin der Wirtschaft* vom 5.5.1927.

²⁶ Zu Euckens Beiträgen auf den Tagungen des *Vereins für Socialpolitik* vgl. Boese 1939, S. 186, 189, 203-207, 236, zu seinen Beiträgen auf der Reparationskonferenz der Friedrich-List-Gesellschaft vgl. Salin 1929, Teil I, S. 11-15, 60-62, 217-219, Teil II, S. 246-247, 265, 309-310.

einzelnen Bereiche der Wirtschaft nicht isoliert zu betrachten, sondern sowohl in bezug auf die Außenhandelspolitik als auch die Sozialpolitik liberale Positionen einzunehmen. „In Summa: Liberale Handelspolitik – jawohl, aber sinnvoll vertreten im Rahmen allgemein liberaler Wirtschaftspolitik. Man kann nicht innen die Wirtschaft verkrusten und nach aussen Freihandelspolitik treiben.“ Sein Plädoyer für eine liberale Wirtschaftspolitik verbindet Eucken mit einer Kritik an der demokratischen Wirtschaftspolitik, die deutliche Anklänge an seine implizite Kritik der Verhandlungsdemokratie aufweist: „Durchführung des Freihandels erfordert Sinn für systematische Wirtschaftspolitik, aber dieser Sinn für Systematik – in allen Bereichen der Politik – fehlt den Demokratien schlechthin.“ In Euckens Augen bedeutet Demokratie immer die gleichzeitige Bedienung einander widersprechender wirtschaftlicher Interessen, und in der Weimarer Realität sah Eucken das besonders klar hervortreten. „Demokratische Länder sind immer unsystematische Schutzzöllner, d.h. nicht wie im Zeitalter des Absolutismus wird ein Gedanke systematisch verfolgt, sondern man wirft den Parteigängern oder gefährlichen Gegnern eben Brocken hin.“ Seine Argumente für eine liberale Lohnpolitik wiederholt Eucken in den Briefen vom 1.3.1930, 28.5.1930 und 20.2.1931. Er betont, dass er theoretisch spreche (28.5.1931), weist Angriffe zurück, dass er nur das „Ressentiment von sozialen Schichten“ ausdrücke, „die nicht mehr die Sicherheit der früheren Lebenslage besitzen“.

Eucken schließt sich dem Bund für freie Wirtschaftspolitik an (Brief an Rüstow vom 25.4.1932), tritt publizistisch gegen die zu Beginn der 30er Jahre in rechten politischen Krisen zirkulierenden Autarkiepläne auf (vgl. Eucken 1932 c sowie den Brief an Rüstow vom 22.6.1932) und wendet sich erneut gegen jede Art von Protektionismus (Brief an Rüstow vom 11.6.1932). Um seinen liberalen wirtschaftspolitischen Ansichten in studentischen Kreisen, deren wirtschaftspolitische Vorstellungen 1931/32 stark vom Antiliberalismus des Tat-Kreises oder gar denen der NSDAP geprägt waren, setzt er sich in seinen Freiburger Vorlesungen offensiv mit der nationalsozialistischen Wirtschaftskonzeption auseinander. (Brief an Rüstow vom 12.8.1932)

Vor diesem Hintergrund werden die politischen Dimensionen des Textes verständlich, der sowohl als ein Gründungsdokument des Ordoliberalismus als auch als ein Plädoyer des Ordoliberalismus für einen starken antidemokratischen und antiliberalen Staat gilt. In dem Aufsatz „Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapi-

talismus“ (1932) muss Eucken nicht erläutern, warum er von einer Krise des Kapitalismus spricht – dass sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung in einer schweren Krise befand, konnte jeder Zeitgenosse täglich erfahren. Um die „Fragen, wo der Ursprung der Schwierigkeiten liegt“ (S. 297) zu klären, müsse man anerkennen, dass „alles dies nicht Probleme rein wirtschaftlicher Art“ (297) seien. Man müsse den Blick weiten und die „nahen Beziehungen vor allem zwischen wirtschaftlichen und staatlich-politischen Hergängen, Wechselbeziehungen, die für die heutige Situation des Kapitalismus geradezu entscheidend geworden sind“ untersuchen. (297) Eucken zeigt, dass in Deutschland wirtschaftliche Machtgruppen immer entschiedener die Politik bestimmen, dass die alten Verhältnisse, in denen der Staat als Organ des Gemeinwillens die Politik bestimmte, Verhältnissen gewichen sind, in denen „die Wirtschaft begann, die Führung in dem Verflechtungsprozeß von beiden zu übernehmen“. Zuvor hatte Eucken allerdings klargestellt, dass unter „Wirtschaft“ hier besonders die stark monopolistische und wettbewerbsfeindliche Großindustrie und Großlandwirtschaft zu verstehen sei. Die nicht vermachteten Industrien, in denen „ein ganz anderer Geist, eine andere Wirtschaftsgesinnung als in den monopolgesicherten Industrien“ herrsche, seien in Deutschland zwar wirtschaftlich, nicht aber politisch bedeutsam. Der dem Wettbewerb akzeptierende Unternehmertyp habe kaum Einfluss auf Politik und öffentliche Meinung. (299) Der Einfluss der wirtschaftlichen Machtgruppen auf den Märkten und in der Politik ist dafür umso größer. Der von ihnen dominierte „interventionistische Wirtschaftsstaat“ hemme die Initiative der Unternehmer und mache den bisherigen Regulator der Volkswirtschaft, das Preissystem, funktionsunfähig. (308) Ihre „radikalen Anhänger“ findet dieser interventionistische Wirtschaftsstaat vor allem bei den „Gegnern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt; der Arbeiter verlangt Staatseingriffe sowohl in der Hoffnung, seine wirtschaftliche Lage in der Gegenwart zu verbessern, wie auch um eine zukünftige Überwindung der heutigen Wirtschaftsordnung einzuleiten“ (305). Damit, und das ist die Pointe, stützen die Interessenvertreter der Arbeiter den vermachteten Wirtschaftsstaat und werden durch ihre Politik zu Fürsprechern der Großindustrie, die sie rhetorisch doch so heftig bekämpfen. Unter der großen Koalition der Interventionisten verlieren alle kreativen, auf den Wettbewerb setzenden Kräfte.

Euckens Position in den letzten Krisenjahren der Weimarer Republik wird noch deutlicher, wenn man den für ein Fachpublikum geschriebenen Text aus dem „Weltwirt-

schaftlichen Archiv“ mir einem ebenfalls 1932 veröffentlichten Aufsatz vergleicht. In „Religion – Wirtschaft – Staat“ wendet sich Eucken an ein breites bildungsbürgerliches Publikum. Der Aufsatz ist die „Wiedergabe eines Diskussionsbeitrages des Verfassers auf der Jenaer Tagung des Eucken-Bundes am 1.11.31“. Auch in diesem Text setzt sich Eucken mit Strukturwandlungen der modernen Gesellschaft auseinander. Aus der unbefriedigenden inneren Lage der einzelnen modernen Menschen – dem Auseinanderfallen von Wirtschaftsentwicklung, Politik und inneren Sinnangeboten – erkläre sich die „Kraft der revolutionären Führer und die Stärke der Resonanz, die sie in breitesten Kreisen finden“. Da sich wirtschaftlich-politische Tatbestände mit der geistigen Sinnentleerung verbinden, erweitere sich die religiös-weltanschauliche Krise zu einer umfassenden Krise der Gegenwart. Ganz in Sinne der Philosophie seines Vaters sieht Walter Eucken, dass die „meisten geistigen und politisch-sozialen Bewegungen der Zeit“ auf die Überwindung der „geistigen Zersplittertheit, Wiederherstellung eines Sinnzusammenhanges des Lebens“ hinarbeiten. (S. 84) Einige dieser Bewegungen untersucht Eucken. Eine Gruppe strebe danach „durch Umgestaltung der Wirtschaft dem Leben des Einzelnen eine neue sinngebende Einheit zu verschaffen“. „In neuester Zeit ist neben diesem ‚Ökonomismus‘, zum Teil mit ihm verquickt, eine Strömung mehr und mehr hervorgetreten, die wir als ‚Politismus‘ bezeichnen könnten: Vom Staate her, durch Aufgehen des Einzelnen im Staat soll dem Leben wieder ein umfassender Sinngehalt verliehen werden.“ (S. 85) Die Idee des „Politismus“ verschränke sich immer mehr mit der Idee des interventionistischen Wirtschaftsstaates und führe zur Idee des „totalen Staates“. Die Ausdehnung des staatlichen Wirkungsbereiches erscheint nur prima facie als Stärkung des Staates. „Zweifelloos ergibt diese tiefgreifende Wandlung durchaus nicht ohne weiters eine Stärkung des Staates. Im Gegenteil: er wird in ganz anderem Ausmaß als vorher in die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe hereingezogen und so leicht zu einem Werkzeug von Interessenten, wo er früher Beobachter war. Mit den Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung ist der Staat nunmehr auf engste verflochten, jede schwere Wirtschaftskrise ist ohne weiteres eine Staatskrise, ein Zusammenhang, der im vorigen Jahrhundert nicht bestand.“ (S. 85) Indem der Mensch immer mehr glaube, „daß sein Wohlergehen vom Staate“ abhängig sei, erhoffe er sich „die Lösung *aller* Lebensfragen – nicht nur der äußeren – vom Staate“. Der Staat, so die Überzeugung, die bei vielen jüngeren Deutschen im Mittelpunkt ihres Denkens steht, solle dem Leben einen neuen Sinnzusammenhang verleihen. (S. 86) Und Eu-

cken wird noch deutlicher, wenn er seiner Kritik dieser Überzeugung, eine klare Darstellung des Zusammenhanges zwischen dem Glauben an den totalen Staat und der Ablehnung des Liberalismus voranschickt. Walter Eucken hält der Forderung nach einem totalen Staat, ein anderes Programm entgegen, dessen weltanschaulich-philosophischen Kern er in der „Tatwelt“ umreißt. Er erinnert an die personalistische Lebensphilosophie Rudolf Euckens und stellt klar, dass der Sinnzusammenhang des Lebens nur in der „Einheit der Persönlichkeit“ geschaffen werden könne. Diese Einheit der Persönlichkeit wird durchaus als je individuelle gedacht. Ausdrücklich heißt es, dass die autonomen Gebiete der modernen Kultur „im Rahmen der eignen Persönlichkeit“ (S. 87) ineinandergefügt werden müssen. Eucken vertritt hier einen Anfang der 30er Jahre schon anachronistisch wirkenden „Individualismus idealistischer Prägung“. Anachronistisch deshalb, weil er an liberale moralphilosophische Konzepte aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert anknüpft, denen es um die Rettung individuell-persönlicher Rechte vor der kollektiven Vereinnahmung ging. Nach dem Ersten Weltkrieg richtete sich die philosophische Reflexion hingegen immer stärker auf den positiven Zusammenhang von persönlichem und sozialem Leben, und die tonangebenden Philosophen vertraten Positionen, die das Primat des Kollektiven betonten. Seiner liberalen Haltung, so Eucken, stehe die antiliberale der Anhänger des Politismus und Ökonomismus entgegen, die „glauben, durch Auslöschung der Persönlichkeit, durch Vermassung und völliges Aufgehen im totalen Staat oder in der Gemeinwirtschaft die innere Einheit wieder zu finden“. Was er selbst unter politischem Liberalismus versteht, hält er unmissverständlich fest: Dem politischen Liberalismus gehe es darum, „die freie private Sphäre des Einzelnen auszuweiten und gegen Staatseingriffe zu schützen“. Und wenn wir an die Kritik der wirtschaftlichen Machtgruppen in den „Strukturwandlungen“ denken, wird deutlich, dass es dem Liberalismus nach Eucken daneben auch darum geht, die Freiheitsrechte Einzelner vor den Trägern privater Macht zu sichern. Wenn man die Skizze des hier skizzierten liberalen Programms und die Darstellung der beiden antiliberalen nimmt, wird deutlich, dass Eucken, wenn er von „Masse“ und „Vermassung“ spricht, diese Begriffe keineswegs in einem sozialen Sinn gebraucht. Zur „Masse“ gehören all die, die zur Lösung der Krise der Gegenwart weltanschaulichen, sozialen oder politischen Konzepten folgen, die die Gemeinschaft oder den Staat dem Individuum vorordnen und damit bewusst oder unbewusst die eigene Persönlichkeit aufgeben.

Zu einer Zeit, in der es eine weit verbreitete Ansicht war, im Zeitalter der Massen die alte liberale Vorstellung von individueller politischer Freiheit und Vernunft aufzugeben, war Euckens Verteidigung von Freiheit und Vernunft Ausdruck einer liberalen Grundüberzeugung. Von dieser liberalen Position aus wird auch deutlich, was Eucken im Sinn hat, wenn er sich Ende der 20er / Anfang der 30er Jahre in Aufsätzen sowie in Briefen an Rüstow nicht nur aus den oben geschilderten wirtschaftspolitischen Überlegungen heraus so vehement gegen die Demokratisierung wendet. Diese führe zu „eine[r] viel engere[n] Verknüpfung von Volk und Staat oder – wenn man so will – der Idee nach [zur] Identität von beiden“. Wie so viele seine Zeitgenossen kennt Eucken nur das Identitätskonzept der Demokratie, aber anders als viele, erkennt er aufs Genaueste dessen Gefahren – nämlich die Aufhebung der individuellen Persönlichkeit in einer gemeinschaftlichen Masse und die Tendenz des Umschlagens der Identität von Regierenden und Regierten in die von Führer und Volksgemeinschaft.²⁷ Dass Eucken auf dieses Demokratiemodell nicht mit einem pluralistischen Demokratieverständnis, sondern mit dem Modell einer demokratisch nur schwach rückgekoppelten Herrschaft von Leistungseliten reagierte, dürfte seinen Grund im Festhalten an altliberalen Vorstellungen haben, die bei ihm und seinen politischen Gewährsleuten Most und Luther schon Mitte der 20er Jahre zu finden sind. Eucken hatte schon 1931 festgestellt, dass die leidenschaftliche Ablehnung des Liberalismus ein Hauptstück im Aufbau der Lebensanschauung vieler Menschen geworden sei. Er hatte außerdem gesehen, wie aus dieser Ablehnung bei vielen seiner Zeitgenossen der Wunsch nach einem totalen Führerstaat erwuchs.

Wie gefestigt Euckens Liberalismus war, als die Nationalsozialisten in Deutschland die Macht übernommen hatten, zeigen einige Episoden der Jahre 1933/34. Prominente Mitglieder des Euckenbundes plädierten im Frühjahr 1933 für eine geistige und organisatorische Annäherung des Bundes an den Nationalsozialismus. Die Jenaer Bundesleitung um Irene Eucken und Benno von Hagen blieb unschlüssig; einerseits war ihr der Nationalsozialismus zu politisch, andererseits hoffte sie, ihn geistig führen zu können. Die unter dem Titel „Austritt Otto Günther“ zusammengefassten Briefe und Dokumente aus den Jahren 1933 und 1934 (ThULB, Nachlass Eucken VI, 12 (16)) geben Aufschluss über die Suche nach einer Lösung. Das Machtwort kam aus Freiburg. Walter Eucken lehnte jede Annäherung des Bundes an den Nationalsozia-

²⁷ Zu den demokratiethoretischen Modellen der Weimarer Zeit vgl. Gusy 2000, und hier besonders die Überblicksdarstellungen von Boldt (S. 608-634), Gusy (S. 635-663) und Schönberger (S. 664-669).

lismus entschieden ab. Er diktierte seiner Mutter und von Hagen die Entscheidung. Eucken schrieb dem Vorsitzenden des Bundes wortwörtlich vor, wie die Ablehnung auszusehen habe. Da die Jenaer lieber auf Otto Günther, den Gründer des Euckenbundes, als auf Walter Eucken verzichten wollten, orientierten sie sich an dessen Vorgaben. Und selbst ein alter Freund von Edith und Walter Eucken, der wie viele ehemals Liberale nach 1933 mit den Nationalsozialisten sympathisierende Otto Most, konnte die Freiburger nicht umstimmen. Most sah nun seine Chance gekommen, dem Bund politischen und wirtschaftspolitischen Einfluss zu verschaffen. Er hoffte, Walter Eucken für eine Bundestagung gewinnen zu können, auf der nationalsozialistische Wirtschaftsführer das Wort ergreifen sollten. Eucken blieb skeptisch. Most bat Irene Eucken um Vermittlung und schrieb ihr am 18.5.1934, dass er betrübt sei, zu sehen, wie sich Walter dem Ansinnen, die neue Macht mit dem Bund in Verbindung zu bringen, entgegenstellt. „Es wäre ein Jammer, wenn ein Mann mit so aufgeschlossenem Blick, mit so warmem Herzen und mit so großer fachlicher Tüchtigkeit sich dem Erleben unserer Zeit so weitgehend verschlösse.“²⁸ Eucken blieb diesem Erleben auch weiterhin verschlossen.²⁹

²⁸ Otto Most an Irene Eucken vom 18.5.1934. ThULB Jena, Nachlass Eucken V, 4, 1080.

²⁹ Vgl. dazu Dathe/Goldschmidt 2003, Goldschmidt 2005a.

Literatur

Amemiya, Akihido (2008), Neuer Liberalismus und Faschismus: Liberaler Interventionismus und die Ordnung des Wettbewerbs, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, Nr. 2. S. 173-195.

Blümle, Gerold und Nils Goldschmidt (2006), From economic stability to social order: The debate about business cycle theory in the 1920s and its relevance for the development of theories of social order by Lowe, Hayek and Eucken, in: *The European Journal of the History of Economic Thought*, 13. Jg., S. 543-570.

Boese, Franz (1939), *Geschichte des Vereins für Sozialpolitik*, Berlin.

Broyer, Sylvain (2006), *Die Hinterlassenschaft der historischen Schule in Walter Euckens Ordnungstheorie und dem deutschen Ordoliberalismus*, Dissertation, Frankfurt/M.

Dathe, Uwe und Nils Goldschmidt (2003), Wie der Vater, so der Sohn? Neuere Erkenntnisse zu Walter Euckens Leben und Werk anhand des Nachlasses von Rudolf Eucken in Jena, in: *ORDO*, Bd. 54, S. 49-74.

Eucken, Walter (1914), *Die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt*, München und Leipzig.

Eucken, Walter (1925 a), *Zur Kritik des modernen Sozialismus*, Langensalza.

Eucken, Walter (1925 b), Zur zollpolitischen Debatte, in: *Der Deutsche Gedanke*, 2. Jg., S. 459-462.

Eucken, Walter (1926 a), Die geistige Krise und der Kapitalismus, in: *Die Tatwelt*, 2. Jg., S. 13-16.

Eucken, Walter (1926 b), Rez. zu „Deutscher Liberalismus. Reden der Reichstagsabgeordneten Most, Kahl und Stresemann“, in: *Die Tatwelt*, 2. Jg., S. 78.

Eucken, Walter (1927 a), Vom Radikalismus sozialistischer und Euckenscher Prägung, in: *Die Tatwelt*, 3. Jg., S. 44-48

Eucken, Walter (1927 b), Religion und Sozialismus. Eine Fortsetzung der Diskussion, in: *Die Tatwelt*, 3. Jg., S. 127-132.

Eucken, Walter (1928), Auslandsanleihen, in: *Magazin der Wirtschaft*, 4. Jg., S. 120-124.

Eucken, Walter (1932 a), Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 36. Bd., S. 297-323.

Eucken, Walter (1932 b), Religion – Wirtschaft – Staat. Zur Problematik des Gegenwartsmenschen, in: *Die Tatwelt*, 8. Jg., S. 82-89.

Eucken, Walter (1932 c), Krisen und Autarkie, in: *Autarkie. Fünf Vorträge*, Berlin, S. 44-50.

Eucken, Walter (1940), *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena.

Eucken, Walter (1952/2004), *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Tübingen.

Faber, Richard (2000) (Hg.), *Liberalismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg.

Feldman, Gerald D. (1998), *Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924*, München.

- Goldschmidt, Nils (2002), *Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens. Walter Eucken und die Notwendigkeit einer kulturellen Ökonomik*, Münster.
- Goldschmidt, Nils (Hg.) (2005a), *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen.
- Goldschmidt, Nils (2005b), Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Das gleichnamige Buch von Ralf Ptak kritisch betrachtet, in: *ORDO*, Bd. 56, S. 319-323.
- Grüner, Stefan (2002), Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien- und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit, in: Möller, Horst und Manfred Kittel (Hg.), *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich*, München, S. 219-249.
- Gusy, Christoph (Hg.) (2000), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik*, Baden-Baden.
- Haselbach, Dieter (1991), *Autoritärer Liberalismus und Soziale Marktwirtschaft. Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus*, Baden-Baden.
- Houwink ten Cate, Johannes (1987), Hjalmar Schacht als Reparationspolitiker (1926-1930), in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 74, S. 186-228.
- Huber, Ernst Rudolf (1984), *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band VII*, Stuttgart u.a.
- Hüfner, Jan (1995), *Der junge Walter Eucken. Zur Bestimmung früher Einflußfaktoren auf sein Denken als Grundlage seines späteren Werks*, Diplomarbeit, Jena.
- Janssen, Hauke (1998), *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*, Marburg.
- Jones, Larry Eugene (1988), *German liberalism and the dissolution of the Weimar party system, 1918-1933*, Chapel Hill und London.
- Klinckowstroem, Wendula Gräfin von (2000), Walter Eucken: Eine biographische Skizze, in: Gerken, Lüder (Hg.), *Walter Eucken und sein Werk. Rückblick auf einen Vordenker der sozialen Marktwirtschaft*, Tübingen, S. 53-115.
- Krohn, Claus-Dieter (1981), *Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918-1933*, Frankfurt/M. und New York.
- Langewiesche, Dieter (1988), *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M.
- Lenel, Hans Otto (1991), Walter Euckens Briefe an Alexander Rüstow, in: *ORDO*, Bd. 42, S. 11-14.
- Meier-Rust, Kathrin (1993), *Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement*, Stuttgart.
- Merkenich, Stephanie (1998), *Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933*, Düsseldorf.
- Möller, Horst (1997), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung nach 1918, in: Lothar Gall (Hg.), *Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert*, München, S. 293-342.
- Most, Otto (1925), Der liberale Gedanke in der Deutschen Volkspartei, in: *Deutscher Liberalismus. Reden der Reichstagsabgeordneten Oberbürgermeister Dr. Most, Geheimrat Prof. D. Dr. Kahl, Reichsminister Dr. Stresemann*, Berlin, S. 5-23.

- Oswalt, Walter (2005), Liberale Opposition gegen den NS-Staat. Zur Entwicklung von Walter Euckens Sozialtheorie, in: Goldschmidt, Nils (Hg.), *Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand*, Tübingen, S. 315-353.
- Peukert, Helge (2000), Walter Eucken (1891-1950) and the Historical School, in: Koslowski, Peter (Hg.), *The Theory of Capitalism in the German Economic Tradition. Historism, Ordo-Liberalism, Critical Theory, Solidarism*, Berlin u.a., S. 93-145.
- Peukert, Helge (2004), Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Zu dem gleichnamigen Buch von Daniela Rüther, in: *ORDO*, Bd. 55, S. 419-422.
- Pies, Ingo (2001), *Eucken und von Hayek im Vergleich. Zur Aktualisierung der ordnungspolitischen Konzeption*, Tübingen.
- Pohl, Hans (2005), Die Entwicklung der Kartelle in Deutschland und die Diskussionen im Verein für Socialpolitik, in: ders., *Wirtschaft, Unternehmen, Kreditwesen, soziale Probleme. Ausgewählte Aufsätze*, Teil 1, Stuttgart, S. 305-334.
- Ptak, Ralf (2004), *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*, Opladen.
- Richter, Ludwig (2002), *Die deutsche Volkspartei 1918-1933*, Düsseldorf.
- Ritschl, Albrecht (2002), *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*, Berlin.
- Rüther, Daniela (2002), *Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler*, Paderborn u.a.
- Salin, Edgar (Hg.) (1929), *Das Reparationsproblem. Teil I: Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Pyrmont, Teil II: Verhandlungen und Gutachten der Konferenz von Berlin*, Berlin.
- Schönberger, Christoph (2001), Die überholte Parlamentarisierung. Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstages im sich demokratisierenden Kaiserreich, *Historische Zeitschrift*, Bd. 272, S. 623-666.
- Schüller, Alfred (2003), Wilhelm Röpke – Werk und Wirken in Marburg: Lehren für Gegenwart und Zukunft, *ORDO*, Bd. 54, S. 21-48.
- Schulz, Gerhard (1987), *Deutschland am Vorabend der Großen Krise*, Berlin und New York.
- Stegmann, Dirk (1977), Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/5-1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, in: Mommsen, Hans, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Kronberg und Düsseldorf, S. 499-513.
- Thadden, Rudolf von (Hg.) (1978), *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*, Göttingen.
- Wegmann, Milène (2002), *Früher Neoliberalismus und europäische Integration. Interdependenz der nationalen, supranationalen und internationalen Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (1932-1965)*, Baden-Baden.

Willgerodt, Hans (1998), Die Liberalen und ihr Staat – Gesellschaftspolitik zwischen Laissez-faire und Diktatur, in: *ORDO*, Bd. 49, S. 43-78.

Winkler, Heinrich-August (1979), Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen.

Ordnungspolitische Diskurse

Discourses in Social Market Economy

- 2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise
- 2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?
- 2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia
- 2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft
- 2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance
- 2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective
- 2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects
- 2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration
- 2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee
- 2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie
- 2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung
- 2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch
- 2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan“ aus französischer Sicht
- 2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern
- 2008 – 5 Ahrens, Joachim - Transition towards a Social Market Economy? Limits and Opportunities
- 2008 – 6 Wrobel, Ralph - Sonderwirtschaftszonen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme: ordnungspolitisches Konstrukt oder Motor institutionellen Wandels
- 2009 – 1 Wrobel, Ralph - The Double Challenge of Transformation and Integration: German Experiences and Consequences for Korea
- 2009 – 2 Eerma Diana; Sepp, Jüri - Estonia in Transition under the Restrictions of European Institutional Competition
- 2009 – 3 Backhaus, Jürgen - Realwirtschaft und Liquidität
- 2009 – 4 Connolly, Richard - Economic Structure and Social Order Type in Post-Communist Europe
- 2009 – 5 Dathe, Uwe – Walter Eucken und der Staat Zum Zusammenhang von wirtschaftlichem und politischem Liberalismus 1918-1934

Herausgeber:

PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul

Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de